

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 14.06.2020

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

am Freitag, dem 5.6.2020 hat der [Spiegel](#) gemeldet, dass 15000 US Soldaten aus der BRiD abgezogen werden sollen und dass weil das Merkela den G7 Gipfel in Washington DC wegen Corona abgesagt hat. Ja, das muss man verstehen, war das Merkela doch selbst unter Quarantäne. Als allerfeinstes Beispiel wurde es dargestellt, wie „tapfer“ man aus der „Home Office“ heraus doch trotzdem weitergearbeitet hat, also noch ein ganzes Stück tüchtiger als damals nach ihrem „Sport“unfall beim Langlauf, wo man sich ja einen Beckenbruch zugezogen hatte. Das ist die Power unter der die heutige BRiD zittert. Und sie wird weiter zittern, die BRiD, weil der „Spiegel“ gleich einmal 6000 GIs mehr abrücken lässt, denn das Wallstreet Journal lässt gerade mal von 9000 hören. Aber 35000 von diesen straff ausgebildeten und mit besserer Technik als das Bundesheer ausgestatteten US Kämpfern gibt es derzeit noch in der BRiD. Und was wollen die hier? Ja, sie sind die Speerspitze der Nato, der militärische Arm der US Imperialisten, die die USA über die FED/das Geld beherrschen.

Die NordAtlantische TerrorOrganisation wurde am 4.4.1949 als Verteidigungsbündnis gegründet. Was hatte diese Organisation zu verteidigen? Kurz und knapp, die Freiheit zu Tun und zu Lassen, was der USI wollte und will.

1949? Ja, nach dem für ganz Europa in Gang gesetzten Marshallplan, denn es hätte ja sein können, dass die Investitionen des USI in Gefahr geraten hätten können. und so wurden fast alle Länder, die mit diesem Plan „beglückt“ wurden, in die Organisation aufgenommen. Und ja, bei der 1949 erst am 7.9. angelauten BRiD hat es dann doch noch etwas gehapert. Denn Frankreich wurde erst 1945 zur Siegermacht erklärt und in die Reihe der Besatzungsmächte aufgenommen. Dieses Frankreich, das 1871 und 1940 von den Deutschen einfach so überrollt wurde, hatte berechtigt großen Bammel, dieses wieder erleiden zu müssen, denn seit Karl dem Großen gab es immer wieder mit diesen ungehobelten deutschen Schwierigkeiten. Erst hat man sich den Katholizismus nicht aufpressen lassen und wollte seine Naturgötter behalten, dann war man selbst Kathole und hat immer wieder versucht bis in den nahen Osten seine Macht wie das alte Römische Reich auszudehnen, denn man hatte ja selbst als Kaiser die Führung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, das aber durch Napoleon, also seitens der Franken 1806 verschwand, vorher bereits durch den Westfälischen Frieden, der den Dreißig Jährigen Krieg beendete, zu einem Flickenteppich verkümmerte, wurde nach Napoleon als das Volk unter den Militärreformern Scharnhorst, Blücher, Gneisenau und Clausewitz und anderen Bekannten die Befreiungskriege bis hin nach Waterloo mit ihren Blut getränkt haben; der Demel, der sich nach Memel verzogen hatte und die von Napoleon zu Königen gemachten Bayern- und Sachsenfürsten angestrengt dafür eingesetzt, dem Volk seinen Einsatz zur Befreiung Deutschlands nicht anzuerkennen. Und der Flickenteppich wurde erhalten, auf dass ein jeder kleine Fürst sein eigenes Süppchen kochen konnte und sein eigenes Sanssouci bauen, egal wie tief man sich dafür verschuldete. Unter dem Demel, der einst in Memel und später in Breslau saß, hat sich das Preußen erstarkt in Deutschland ausgebreitet, was nicht zuletzt dem Verdienst Bismarcks zustand, der als Ministerpräsident in Preußen und als Kanzler des Norddeutschen Bundes seinen Dienst versah, dabei die Bayern und Österreicher zur Raison brachte und letztendlich mit dem Krieg gegen Frankreich 1870/71 ein erneutes deutsches Kaiserreich schuf, da das Heilige Römische Reich Deutscher Nation 1806 bekannter Weise unter Napoleon unterging. Deswegen hat Frankreich bis 1955 als Besatzungsmacht gezögert die Wiederbewaffnung Deutschlands zuzulassen und die Bundeswehr sogar in die Nato aufzunehmen.

Jetzt haben wir noch einmal mit dem Arm im Halbkreis ausgeholt. Deswegen zurück zur Nato.

Dieses Gebilde hat den Flickenteppich von Westeuropa in einen Hoheits-/Finanzbereich zu halten, wozu dann das von der Sowjetunion abgefallene Osteuropa 1990 dazukam. Und nun sollen die aus der BRiD abgezogenen Truppen gen Osten/Russland nach Polen versetzt werden. Ist das eine Erleichterung evtl. sogar Strafe für Deutschland? Weder das eine noch das andere, denn nur ein paar Kilometer weiter nach Osten stationiert, bleiben die US Truppen weiterhin eine Gefahr für die europäischen Völker, insbesondere des Deutschen. Wie aber titelt die [Morgenpost](#)?

Der Trumpi hätte schon des Öfteren gedroht Truppen abzuziehen. Das stimmt! Auch in Syrien wollte er Truppen abziehen, und beließ sie doch um nach wie vor die syrischen Ölquellen weiter für die Imperialisten sprudeln zu lassen und nicht für das syrische Volk. Ich bitte die Deutschen, sag mir einer, was 75 Jahre nach dem 2. Weltkrieg US Besatzungstruppen in unserem schönen deutschen Land zu suchen haben!

Ach halt, du rotziger Querulant Opelt, die MOP schreibt es doch ein paar Zeilen weiter, und für dich Opelt hier noch einmal original, damit du es begreifst: „*Zum einen müsste Europa künftig besser auf sich selbst aufpassen, wie Unionsfraktionsvize Johann Wadepful (CDU) sagte.*“ [Nein! - Doch! - Och!](#)

Wie sollen denn die Europäer auf einmal auf sich selbst aufpassen, hat doch der große Massa stets gesagt, was zu tun und was zu lassen ist. Und ist man damit nicht gut gefahren, bis auf die paar Späne, die gefallen sind? Aber Späne fallen ja überall, wo Särge für Kriegstote gezimmert werden. Und deshalb ist es gut, dass Kriege außerhalb Europas geführt werden, weil dort nur für Tote, die zurückgeholt werden müssen, Särge zusammengenagelt werden und die dortigen nicht interessieren wie sie verscharrt werden, denn es sind ja nun einmal nur Kollateralschäden für die Sicherheit, die dort verteidigt werden muss. Die Sicherheiten für den Profit des USI, wozu der große Massa die Europäer, insbesondere die Deutschen, braucht, weil die ihre Schuld, die sie am WK2 **nicht** haben, immer wieder erneuern müssen, um nicht evtl. irgendwann aus der Schuldfrage herauszukommen. Oh ja, die Schuldfrage, die die Nachfahren der Deutschen seit dem 1. Weltkrieg immer wieder von neuem aufgetragen bekommen. Und da die Nachfahren nicht der Sippenhaft zu unterziehen sind, müssen sie sich neue Schuld selbst auf die Schultern laden, indem sie eben die Kriegstreiberei ihrer Verwaltung mit rechtsstaatswidrigen Wahlen immer wieder aufrechterhalten.

Ei, jetzt aber ich wieder, gleich ein bisschen viel Kritik auf einmal und dann gleich noch so verwirrend, und dann kein Massa mehr da, der alles schön und gütig regelt wie es die [Rhein-Neckar-Zeitung](#) berichtet, wo sich alles in Wohlgefallen auflöst, wenn die „lieben“ US Truppen uns verlassen.

„Von Arbeitgeberseite wird hervorgehoben, dass in fast allen betroffenen Bereichen Abfindungsangebote unterbreitet wurden, die durchaus als "**wohlwollend**" zu bezeichnen seien.“ Arbeitgeberseite? Ist das etwa die US Army? Spätestens vor 30 Jahren hätten diese doch es den Russen gleichtun müssen und dann wären sie nun seit 28 Jahren keine Arbeitgeber mehr. Eine ganze Generation Arbeitnehmer wären nicht für das Wohl dieser Truppen verantwortlich gewesen und hätte für sich selbst sorgen können.

Auch weija, für sich selbst sorgen ohne dass der Massa sagt wie das gehen soll! Dazu bräuchte es ja selbstbewusste Eigenverantwortung! Das ist ja die oberste Menschenpflicht! Pflicht, Nein! Doch, Och! Dann doch lieber gesagt bekommen, was man tun soll.

Und nun kommt das kleine Leut Maas! Am 8.6. verlautete es in der „[Jüdischen Allgemeinen](#)“, dass dieser am 10.6.20 [dringlich](#) in Israel erwartet würde. Erwartet man den Einen, der „Dudu macht“, weil man Palästinensern weiteres Land wegnehmen will? Ja, das ist die Frage, ob sich Bibi, der sich zur Ablenkung von seinem Korruptionsverfahren, über die Friedenspläne von Trumpi in die

Annexion großer Teile des Westjordanlandes gestürzt hat, sich von so einem kleinen Besserwisser ausschimpfen lässt. Na ja, das hat sich dann auch noch geklärt, denn der oberste Gerichtshof Israels hat die erneute Annexion für rechtswidrig erklärt und das hat man den kleinen Schlauberger mit Sicherheit gesteckt, dass das Urteil so ausfallen wird, er aber in der BRiD und in der EU somit den Großen Max spielen konnte. Was aber mit den anderen Annexionen ist, die im Westjordanland schon geschehen sind, was mit Ostjerusalem ist und was mit dem Gazastreifen werden wird, darüber wird sich das kleine Maas wohl hüten anzusprechen, denn ansonsten wäre der ganze „Glanz“ seines Auschwitzauftritts der Offensichtlichkeit der Scheinheiligkeit ausgeliefert.

Eines ist aber gewiss, eine ganz neue Normalität hat sich ein noch kleineres Leut als Maas, Leut Spahn einfallen lassen. Er hat nach Art von Egon Ohlsen einen Plan einer Corona Nato, um gegen die Auswirkungen bestmöglich vorgehen zu können. So schrieb der rqO am 07.06.2020 dazu im [Sputnik](#):

„Die Nato, der militärische Arm der US Imperialisten geschaffen als Verteidigungsbündnis, zur Verteidigung der Freiheit. Die Freiheit zu tun und zu lassen was sie wollen. Und genauso soll es nun nach Spahn auch mit dem Kampf gegen Corona werden. Den Kampf um die Erhaltung der neuen Normalitäten, die man gegen die Völker erreicht hat. Und wer ist Spahn? Ein Unterführer der BRiD. Und wer lässt solches Leut tun, was sie wollen? Das deutsche Volk! Ein Volk, was an artgerechter Umerziehung krankt und daher seine selbstbewusste Eigenverantwortung nicht aufnimmt, um sich damit eine volksherrschaftliche Verfassung zu schaffen und solches Leut mit ihrem Nato Fieber ärschlings in die Hölle befiehlt. Olaf bundvfd.de“

Schluss mit dem heutigen Irrsinn der neuen Normalitäten, zurück auf den Pfad der artgerechten Umerziehung, wo wir das letzte Mal beim Kommunistischen Manifest und seinen Maßregeln bei **Punkt 5** geendet haben.

Also rein in den **Punkt 6** und damit zur Zentralisation des Transportwesens.

Die Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates ist ebenso schädlich wie das ausschließliche Monopol der Banken, das wie im [vergangenen Sonntagswort](#) erfahren, erst mit dem Blick hinter die Kulissen offensichtlich wird. Einst war die Reichsbahn ein Unternehmen, das 1920 in der Weimarer Republik aus den vielen Länderbahnen entstand und nach dem Krieg Ende 1945 nach Art. 55 HLKO in den Nießbrauch der Besatzungsmächte übergang.

Der Nießbrauch ist im Bürgerlichen Gesetzbuch ab § 1030 klar geregelt.

Während die Sowjetunion das Unternehmen weiter unter dem Namen Deutsche Reichsbahn laufen ließ und dabei sogar die S-Bahn in Westberlin von der Deutschen Reichsbahn a la DDR bedient wurde, wurde in den drei Westzonen mit Entstehung der BRD am 7.9.1949 das Unternehmen in Deutsche Bundesbahn umbenannt. Seit dem wird vor allem am Streckennetz des „Staats“betriebes stillgelegt oder privatisiert. Das Streckennetz ist letztendlich das Grundstück vergleichbar mit dem Grundstück auf dem die Gebäude einer Firma stehen. Seit 1990 wird unter Druck daran gearbeitet das Unternehmen Deutsche Reichsbahn, nach der vermaledeiten Wende insgesamt Deutsche Bahn AG genannt, zu zerschlagen um Teile, die nicht profitabel genug sind, auszugliedern oder stillzulegen und andere Teile in der Deutschen Bahn AG zurückzuhalten.

Den letzten Aufruf des großen Völkerrechtlers Stefane Hessel, der an der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1948 mitgearbeitet hat, der von einer notwendigen Verstaatlichung von Grundlagenindustrie sprach, den ich in seinem Heft „Empört Euch!“ gelesen habe, zeigt deutlich auf, dass der öffentliche Personenverkehr und das Betreiben des

Schiennetzes sehr wohl in staatlicher Hand liegen muss, um privaten Willenseinfluss, der zur Durchsetzung eben privater Ziele eingesetzt werden könnte, auszuschließen. Dazu gehört, dass die Bahnverwaltung und die Angestellten des fahrenden Personals wie es früher einmal war, zu verbeamtet gehört. Ja auch unter Besatzungsrecht der staatsrechtlichen Verwaltungen BRD und DDR, gab es diesen öffentlich rechtlichen Dienst noch. Aber seitdem das GG als Besatzungsvorschrift rechtsungültig ist, durch Aufhebung des Art. 23 a.F. und dem [erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt seit 1990 in der Präambel des GG](#), sowie die Unterdrückung der Verfassung der DDR vom 7.10.1949, gibt es in der Neu-BriD (Alt-BriD + DDR) keine öffentlich rechtlichen Dienststellen mehr, auch wenn die einzelnen Verwaltungen als Ämter etc. bezeichnet werden. Ebenso wäre mit einer volksherrschaftlichen Verfassung ein Beamtenverhältnis neu zu organisieren, um Vergehen wie Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit, Vorsatz und unbedingten Vorsatz neu zu regeln, um damit besser gegen Bestechung aber auch Schlampigkeit vorgehen zu können. Denn ein Beamtenverhältnis fordert von einem Menschen ein hohes und vor allem auf Vernunft gründendes Bewusstsein, da den Beamten sehr viele Vorteile entstehen wie z. B. Unkündbarkeit, Schutz bei Invalidität und gesicherter Altersvorsorge. Was aber ist bei der heutigen Bahn AG? Diese wird in fast unübersehbare Einzelteile zerstückelt, so dass kaum einer mehr Bescheid weiß, über welche Bedingungen er angestellt ist, seinen Dienst zu verrichten hat und welchen Schutz er dabei bekommt. Gerade im heutigen Personenverkehr, wo Schaffnern (Fahrkartenkontrolleure) von manchen Leuten eine so hohe Aggression entgegen gebracht wird, dass diese sich körperlich nicht mehr wehren können oder auch psychisch so in die Enge getrieben werden, dass ihre Arbeit eher zur Strafe wird, als ein Frohgemuter Dienst am Menschen. Wenn solches Personal vom Wirrwarr der Dienstvorschriften überfordert wird, somit nicht in der Lage ist, einen klaren Standpunkt für seinen Dienst zu finden, dann ist das genauso gewollt wie es derzeit der Polizei ergeht, wenn sie den kleinen Rauschgifthändler, evtl. noch einen Migranten, auf frischer Tat ertappt und ihn zur Verantwortung ziehen will. Die Polizei nimmt den Rauschgifthändler vorläufig zur Vernehmung fest, muss sich bei der Vernehmung böseartig beleidigen lassen und den Kleinkriminellen letztendlich wieder auf freien Fuß zu setzt, auf dass sie tags darauf denselben wieder in die Finger bekommt, als er Kindern seinen Dreck andreht. Und der kleine Händler letztendlich immer wieder davon kommt, ohne daraus zu lernen, dass was er tut unvernünftig ist, und sein Leben leichter mit ehrlicher Arbeit wäre. Wie soll er aber gerade das letztere erfahren, wenn es in einer solchen Gesellschaft wie der heutigen deutschen, es keine ehrliche Arbeit mehr gibt, sondern nur noch Jobs, also profitgerechte Arbeitsplätze.

Es ist auch hier wieder zu sehen, dass es zwar notwendig wäre die Grundlagenindustrie in staatlicher Hand zu halten, um schlechte äußere Einflüsse soweit als möglich von ihr fern zu halten, dass aber von den Herren, den [wichtigen Männern](#), nicht gewollt ist und diese sich durchsetzen können, weil der eigentliche Staat, also der einzelne Mensch in der Gesamtheit des Volkes mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähig ist. Deswegen ist wie man es bei Wikipedia zwecks Deutsche Bundesbahn erkennen kann, die eigentliche Deutsche Reichsbahn in unübersichtlich viele Einzelgesellschaften aufgespalten, um aus diesem Wirrwarr heraus den größtmöglichen Profit nicht in die Kassen der Verwaltung, sondern in private Kassen versinken zu lassen, wozu auch die Übergabe von Bahnaufgaben an private Anbieter gehört. Ebenfalls ist undurchsichtig wie frühere Eigentümer von Speditionen, die durch die Hitlerfaschisten hinterhältig enteignet wurden, auf dieses ganze System Zugriff haben.

Deswegen kann man bei Wikipedia nicht umsonst lesen, dass der Aktienbesitz der Deutschen Bahn AG sich **100%ig in Besitz** der Bundesrepublik Deutschland befindet. Ein [Besitz](#) ist nicht zu verwechseln mit einem [Eigentum](#). Um es einfach zu erklären, der Mieter einer Wohnung ist Besitzer und der Vermieter einer Wohnung, nicht mit Untervermieter zu verwechseln, ist der Eigentümer der Wohnung. Und da die BRiD **keine** rechtsgültige Verfassung **besitzt**, müssen wir von den Vorschriften des rechtsungültigen GG abgehen und auf die Vorschriften des rechtsgültigen deutschen Gesetzes, das Bürgerliche Gesetzbuch zurückgreifen. Rechtsgültig in dem Stand, als es von hitlerfaschistischem Recht bereinigt wurde und noch nicht von bundesdeutschen Vorschriften

belastet war und schon gleich gar nicht von willkürlichen Regeln nach 1990.

Kommen wir zum **7. Punkt**, der Vermehrung der Nationalfabriken und Produktionsinstrumente (-mitteln) und Urbarmachung und Verbesserung aller Länderreihen nach einem gemeinschaftlichen Plan. Die erste Hälfte, die Vermehrung von Nationalfabriken und Produktionsmitteln hat man in der DDR deutlicher als in der Alt BRiD erleben können. denn dort wurden Konzerne u. a. Einrichtungen der Großindustrie unmittelbar mit SMAD Befehlen enteignet. Wo hingegen Mittelständler und Kleinunternehmer, die sich keine faschistische Verbrechen zu schulden kommen ließen, „halbverstaatlicht“ wurden. Das bedeutete, dass das Eigentum in die Verwaltung der DDR wechselte, der vorhergehende Eigentümer jedoch als Betriebsleiter verbleiben durfte um seine Kraft weiter dem Betrieb zu erhalten. Es gab viele Menschen, die in ihrem Handeln so gegängelt wurden, dass sie keinen Sinn mehr darin sehen konnten, ihre Kraft in ein Unternehmen zu stecken, dass keine Zukunft mehr hatte und somit ihr Eigentum, dessen sie ja bereits enthoben waren, ganz verließen und in die Alt BriD übersiedelten. Ähnlich ging es auch den Handwerkern, die über Besteuerung gezwungen waren ihre Angestelltenzahl zu begrenzen um zu überleben, um letztendlich nach Möglichkeit noch in Produktionsgenossenschaften gedrängt zu werden. War die Halbverstaatlichung schon ein großer Riss in der Wirtschaftskraft der Gesellschaft, so war die Vollverstaatlichung und der Zwang in Produktionsgenossenschaften im Grunde der Anfang vom Ende der DDR. Und genau dieses Ende stammte aus der Planung zum Kommunismus, den man schuf und die Arbeiterklasse beherrschend führen zu können, um sie letztendlich nach dem Zwischenspiel sicher in die Hände der neuen Herren, der Zionisten zu bringen.

Ich habe gerade von deutlichem Sehen der Vermehrung der Nationalfabriken in der DDR gesprochen. Wie konnte man das in der Alt-BRiD sehen? Hier ist es wahrlich schwer, zum ersten, wurden Großkonzerne und Kriegsverbrecher genauso enteignet, später jedoch in ihren alten Firmen wieder als Geschäftsführer eingesetzt, wenn sie denn den „Persilschein“ bekommen haben. Aber was war mit der Halbverstaatlichung? 1948 wurde die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geschaffen. Diese Kreditanstalt gründete aber auf Null Eigenkapital, es wurden ihr nur Zinsen, die aus den Marshallplankrediten heraus stammten, als Kapital zugeordnet. Von diesen Zinsen hat diese Kreditanstalt dann Kredite an Klein- und Mittelständige Unternehmer vergeben, um aus diesen Krediten wiederum Zinsen zu ziehen. Was Zinseszins bedeutet kann [Fabian](#) sehr viel besser erklären.

Die Kreditnehmer waren Kleinunternehmer und Unternehmen, die neu geschaffen wurden, sowie auch Selbständige. Auch konnten Mittelstandsunternehmen und Umweltgesellschaften mit diesem Krediten gefördert werden. Und wie erhaben der Zins in einer solchen Wirtschaft wirkt, hat uns der Fabian gerade erklärt. So war es einerseits eine Halbverstaatlichung, zumindest im Anschein, da letztendlich alles auf der Grundlage des Marshallplans und dessen Geldgebern beruht; und die Geldgeber sind nun einmal jene, die sich über Spekulationen und Kriegsgewinne zu Auserwählten aufgeschwungen haben. Kriegsgewinne und die aus Krieg entstandenen entsprechenden Kredite sind aber letztendlich nichts anderes als Raub, der sich in [zwei Unterarten](#) der Kriminalität aufspaltet. Zum einem dem Diebstahl, zum anderen in Nötigung. Es ist also daraus zu ersehen, dass alle Kriege kriminelle Raubzüge sind, sie immer mit brutaler Gewalt des Mordens und Brandschatzung einhergehen. So ist die vermeintliche Halbverstaatlichung bzw. Verstaatlichungen z. B. bei Banken nur ein Anschein um die Kriminalität zu verdecken. Es ist nichts weiter als eine gewalttätige Enteignung derjenigen Völker, die den Krieg aufgezwungen bekommen.

Das war die erste Hälfte des Punkt 7 der Maßregeln.

Kommen wir nun zur zweiten Hälfte, der Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan. Ländereien, also Landwirtschaft ist von der jeweiligen natürlichen

Begebenheit abhängig. So kann kein gemeinschaftlicher Plan für Landwirtschaft in Meeresnähe, in den Bergen und in den Lössbodeengebieten erstellt werden. Es kann nur ein gleichgerichtetes Ziel, das auf verschiedenen Ausrichtungen aufgebaut ist, erstellt werden. Das Ziel die bestmöglichen Versorgung des Volkes mit **Lebensmitteln**, die nicht zu Nahrungsmitteln heruntergewirtschaftet werden dürfen. Lebensmittel werden höchstmöglich naturgemäß erzeugt. Das kann von Getreide oder Zuckerrüben auf Gülleböden produziert, nicht behauptet werden. Das kann von Mais, der als Futterpflanze genutzt wird, obwohl er für Wiederkäuermägen nicht günstig ist, nicht behauptet werden und schon gleich gar nicht für Mais für Biogasanlagen. Und Kartoffeln sind von grund auf Nahrungsmittel, denn diese wurden vom „alten Fritz“ nur zur Abschaffung des Hungers in der deutschen Landwirtschaft eingeführt und sind letztendlich wie Maniok oder andere Gewächse Stärkelieferanten und enthalten nur Spuren von Vitaminen und Mineralien. Ebenfalls sind Erdbeeren knackig wie Karotten, dafür ohne Geschmack gezüchtet kein Genuss. Gleichfalls Pfirsiche mit der Festigkeit von Golfbällen und Gemüse wie Gurken und Tomaten auf Nährlösung gezogen, entspricht auf keinem Lebensmittel, genauso wenig wie Nutzvieh, das der Sonneneinwirkung durch Stallhaltung entzogen ist. Denn auch das liebe Vieh braucht die Sonne um natürliches Vitamin D im Körper entstehen zu lassen, zudem eine Freilandhaltung die ehestmögliche naturnahe Haltung von Tieren ermöglicht. Damit ist ausgeschlossen, dass eine jegliche industrielle Tierhaltung und Pflanzenproduktion zur Erzeugung von Lebensmitteln nutzbar ist. Es sind die Flächen, die für die Fütterung der Biogasanlagen missbraucht werden, wieder in eine naturgerechte Landwirtschaft zurückzuführen. Es sind stillgelegte Flächen, die mit Prämien gefördert werden, wieder in naturgerechte Landwirtschaft zurückzuführen. Dann wird es möglich sein, das Volk ohne industrielle Tierhaltung lebenswert zu ernähren, umso mehr, da für die industrielle Tierhaltung Futtermittel benötigt werden, die auf gerodeten Regenwaldflächen mit erhöhtem Einsatz von Herbiziden und damit benötigten Genveränderungen hergestellt werden.

Aber was hat das mit Kommunismus und Kapitalismus zu tun?

Im Kommunismus, so in der DDR, wurde die industrielle Landwirtschaft nach und nach eingeführt. Mit der Enteignung von Großgrundbesitzern und der entsprechend dazugehörigen Bodenreform entstanden Kleinbauerngüter von sog. Neubauern. Davon hatten nur Wenige wirklich Ahnung von der Landwirtschaft und von den anderen wiederum nur Wenige, die wirklich langfristig sich in diese wirklich einarbeiten wollten. Ein großer Teil der Neubauern, noch dazu an Mangel an Geräten und Tieren, konnte eine gewinnbringende Landwirtschaft nicht aufbauen. Dies waren die ersten, die man in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften drängen konnte, wenn sie denn überhaupt in der Landwirtschaft geblieben sind. Bei erfolgreichen Neubauern war es schon schwerer diese in die LPGs zu drängen, umso schwerer war es, bei alteingesessenen Bauern mit funktionierenden Gütern und entsprechenden Geräten und Tierbesatz. Um einen Einblick in dieses Leben zu bekommen, ist der mehrteilige Film „Wege übers Land“ (1;2;3;4;5) mit Manfred Krug und Ursula Karusseit zu empfehlen.

Die einzelnen LPGs waren dann aber zu klein und zu unpraktisch; die Tier- und Pflanzenproduktion wurde geteilt und größere Betriebe entstanden, damit größere Feldflächen und größere Ställe. Und immer mehr Tierhaltung mit Ganzjahresaufstallung, also eine industrielle Landwirtschaft, die zwar noch ohne Genveränderung und Glyphosat auskommen musste, aber schon umweltzerstörend war. Diese industrielle Tierhaltung ist in der Alt Brid ebenfalls entstanden. Da aber dort eher über den finanziellen Druck, da die Nahrungsmittelproduktion profitabler als die von Lebensmitteln war und ist. Es begann das sog. Bauernsterben; Bauern gaben ihre Höfe auf, weil sie trotz ihrer hohen Arbeitseinsätze oft keiner ganzen Familie mehr die Lebensgrundlage bieten konnten und die Jugend nicht gewillt war, ihr Leben nur der Arbeit von früh bis spät, von Montag bis Sonntag, zu widmen, was durchaus verständlich ist. Dass aber die ganze Situation durch die Imperialisten so gewollt ist, um auch die Gewinne der Landwirtschaft vollständig in ihre Hände zu bringen, das verstehen die wenigsten. So ist es nun in der Bevölkerung verbreitet, dass solche Bauern, die ihre Wirtschaft aufgeben, zu faul wären zu arbeiten, was eine hochmütige Herablassung gegenüber diesen fleißigen Menschen ist. Wenn Bauern trotz aller Arbeit versucht haben ihren Betrieb weiter

aufrechtzuerhalten, und ihn mit Krediten entsprechend industriell umgebaut haben ist vielen solcher Bauern der Kredit zur finanziellen Falle geworden und sie kommen großteils in die Zahlungsunfähigkeit und damit in die Vollstreckungen, durch die sie ihr gesamtes Hab und Gut verlieren, das dann an die Großgrundbesitzer der industriellen Landwirtschaft fällt.

Auch hier sieht man, dass der Kommunismus nur als Übergangsphase zum verschleierte Raub des Eigentums der Menschen geplant war. Denn die Herrschaften der Hochfinanz hatten genug Zeit um sich nach und nach alles Eigentum zu krallen.

Zu was braucht es mehr Urbarmachung, wenn es doch naturbelassene Gebiete zur Gesunderhaltung allen Lebens auf der Erde bedarf? Wenn es das Hochmoor genauso bedarf wie das Niedermoor, wenn es die naturbelassenen Wälder bedarf, um Schadinsekten wie Borkenkäfer u.a. in Grenzen zu halten, zu was braucht es riesige Monokulturen von Fichtenwäldern? Doch hauptsächlich zur Spannmöbelherstellung, die alle paar Jahre ausgetauscht werden und keinerlei Nachhaltigkeit haben. Warum wird den Menschen eingebläut, ständig das Neueste haben zu müssen, um sich damit den eigenen Lebensraum zu zerstören? Weil es die Menge an Menschen, die es derzeit auf der Erde hat, nach den Zielen, die auf dem Georgia Guidestone eingeschlagen stehen, nicht mehr bedarf und somit ist es doch weitaus „humaner“, wenn die Menschen sich selbst vernichten, anstatt von Wenigen vernichtet werden zu müssen..

Aber bevor ich jetzt wieder tiefer in dem Zorn versinke und nicht mehr herauskomme, wieder zu der neuen Normalität des Irrsinns.

Da hat doch das 3 x G am Dienstag, dem 9.6.20 eine Entscheidung gegen Leut Seehofer und für die Afd herausgelassen. Seehofer hat auf seiner Dienstnetzseite die Afdler als staatszerstörend bezeichnet. Das aber darf das böse Seehofer nicht lt. 3 x G, zumindest auf seiner Dienstseite, ansonsten schon. Das 3 x G ohne verfassungsgemäße Grundlage lehnt sich soweit hinaus, weil es dem Volk zeigen muss, dass es ja einen Staat geben würde, den man zerstören kann und fälschlicher Weise wird das was die Afd beim 3 x G eingereicht hat, Klage genannt. Das hat dem rqO aufgestoßen und da seine Lesermeinungen beim Mainstream grundhaft zensiert werden, hat er seine Meinung bei dem entsprechenden Artikel vom „[Sputnik](#)“ offen gestellt: *„Hier potenziert sich die Perfidität, denn weder Seehofer noch die Afd können staatszerstörend sein, da dieser mangels Organisation handlungsunfähig ist, wie es dasselbige Gericht 1973 in seiner Entscheidung 2 BvF 1/73 zum Grundlagenvertrag mehr als deutlich aufgezeigt hatte. Sie können [ja auch der Seehofer] daher höchstens staatsverhindernd sein. Das alles gilt aber heutzutage nicht mehr. Das Potenzieren zeigt sich im Ausdruck Klage, obwohl es ein nach Aktenzeichen Beschwerdeverfahren [2 BvE 1/19](#) ist. Das ist so gewollt, denn nicht umsonst ist weder von Klage noch Beschwerde in der Entscheidung zu lesen, sondern nur vom Antrag. Ein Begriff, der aber eigentlich bei Strafsachen (Strafantrag/-Anzeige) vorkommt. Es gibt auch Anträge beim 3 x G, die aber nur die unterstellte Justiz stellen kann, das sind die Anträge auch Normenkontrollen. Das bedeutet, die Vereinbarkeit innerdeutschen Rechts mit dem GG festzustellen. Eine einzige Klageart gibt es beim 3 x G, die dieses aber nicht wissen will, es ist die Bürgerklage auf abstrakte Normenkontrolle. Hier klagt sehr wohl der einzelne Mensch auf Feststellung der Vereinbarkeit überpositiven Rechts (überstaatliches Recht/Völkerrecht) mit dem GG. Aber das ist sehr schwer für den ungeübten, zumal es noch nicht einmal das Groß der Rechtsanwälte und Richterverstehen. Recht aber ist nicht das Vermögen des Stärkeren, sondern die Grundlage der Gerechtigkeit, die auf Wahrheit beruht. [Olaf bundvfd.de](#)“.*

Hier möchte ich weil die Meinung einfach so aus dem Querkopf herausgelaufen ist, etwas nachbessern. Es gibt nicht nur die eine Bürgerklage, sondern die eine Art, die eben auf abstrakte Normenkontrolle. Es können sehr wohl auch andere Menschen eine solche abstrakte Normenkontrolle stellen und zwar nicht ob Völkerrecht bzw. überstaatliche Verträge mit dem GG vereinbar sind, sondern das GG mit diesem, denn das 3 x G hat bekannter Weise keine Befugnis

über die Gültigkeit von völkerrechtlichen Verträgen zu entscheiden, wie es bereits in seiner Entscheidung 2 BvE 3/51 vom 29.7.1952 ausgeführt hat: „**3. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet ausschließlich im innerstaatlichen Bereich und kann nicht über die völkerrechtliche Gültigkeit eines Vertrages entscheiden.**“

Noch einmal kurz zu dem Begriff „Antrag“ in der Entscheidung vom 9.6.20. Da ist von Antragsstellerin und Antragsgegner die Rede. Bei einer Klage würde das Klägerin und Beklagter heißen und bei einer Beschwerde Beschwerdeführerin und Beschwerdegegner. Die Herrschaften des 3 x G fühlen sich also doch gemüßigt, die ganze Rechtssituation in ein solches Chaos zu versetzen, dass das Volk in diesem hilflos versinkt.

Ein weiteres Sumpfloch ab vom Pfad der Wahrheit war die in Gefolgschaft des USI Anerkennung des selbsternannten Guaido in Venezuela. Es wurde gemeldet, dass dieser sich in der französischen Botschaft vor dem Zugriff der Behörden versteckt. Inzwischen hat aber Frankreich widersprochen, dass sich der CIA Agent bei ihnen aufhält. [„Amerika21“](#), deren Journalisten ich als solche noch bezeichne, da sie neutral, ausführlich und wahrheitlich berichten, führt sogar aus, dass der [Wissenschaftliche Dienst des Bundestages die Anerkennung Guaidos als Übergangspräsident](#) für „fragwürdig“ hält.

Dieses fragwürdig verwendet der WD des BT des Öfteren, wenn er sich um eine klare Festlegung der Völkerrechtswidrigkeit drücken will. „Fragwürdig“ ist aber für einen Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages ein durchaus bedeutsamer Ausdruck, mit dem sich der Dienst weit aus dem Fenster lehnt, da die BRiD selbst keine rechtsgültige Verfassung nachweisen kann. Somit ist das „fragwürdig“ ein Wink mit dem Zaunpfahl oder ein Schlag auf den Hinterkopf zur Förderung des Denkvermögens. Der Schlag auf den Hinterkopf wird aber wohl wirkungslos sein, denn um etwas zum Denken anzuregen, müsste erst etwas vorhanden sein.

Einen Tag später berichtet der [Spiegel](#) davon, kein Wort aber vom WD des BT, aber trotz allem ein paar wenige Wahrheiten schon. Dass aber ein weiterer aus der Mischpoke des Guaido sich seit einem Jahr in der spanischen Botschaft in Caracas versteckt, davon lässt der „Spiegel“ nichts verlauten, das findet man wieder bei [„RT“](#) und dort findet man sogar den Namen des Leut, der Leopoldo López heißt. Bei „RT“ erfährt man auch, dass eine Videoaktion von Lopez und Guaido eine Fälschung war. Was ist also die Videoaktion von der der „Spiegel“ berichtet, und Guido angeblich auf Caracas Straßen zeigt, wert? Wenn man nun noch die Videoaktionen, die nachweisen sollten, dass angeblich Assads Armee in Syrien Giftgasangriffe auf die eigene Bevölkerung ausgeübt hat, die von den Weißhelmen gefälscht wurden, in Betracht zieht, und wenn man Videos in Betracht zieht, die angeblich Osama Bin Laden in afghanischen Höhlen zeigten, dann wird es den normal denkenden Menschen einfach nur speiübel über die Bösartigkeit des Mainstream und seiner Halbwahrheiten. Wenn der WD/BT dem BriD Regime in Bezug auf Guaido einen Wink mit dem Zaunpfahl gab, dann ist die Nachricht, über die Rechtmäßigkeit der Präsidentschaftswahlen 2019 in Bolivien, die am 07.06.2020 in der [New York Times](#) veröffentlicht wurde, wie man es bei [HEISE/Telepolis](#) finden kann, ein Tritt mit einem Stahlkappenschuh in das Schienbein der BRiD.

Wenn man die Nachrichten von „amerika 21“ und von „heise“ in sich aufnimmt, und ansonsten versucht hat Bridgemäß zu leben, dann glaubt man im falschen Film zu sein. Wenn man aber die Schweinereien in Bezug auf die Bolivianischen Präsidentschaftswahlen nachverfolgt, dann wird es einem speiübel und das umso mehr, da der USI und in dessen Fahrwasser das BriD Regime das Einmischungsverbot in innere Angelegenheiten anderer Staaten den ganzen Tag lang gebetsmühlenartig den Menschen in die Ohren schmalzt, so dass denen kein klarer Gedanke mehr in den Kopf kommen kann. Wenn der USI von früh bis Abend behauptet, dass die Russen, dessen Präsidentschaftswahlen beeinflussen, inzwischen behaupten, dass die Russen an den jetzigen

Unruhen in den USA schuld sind, dann sei darauf hingewiesen, dass die Zionisten, also die USIs im alten Russland schon ihr Unwesen trieben, die Judenpogrome am Ende des 19. Jahrhunderts angetrieben haben, an den Zarenmorden (Alexander II. (1881) und Nicolaus II. (1917)) maßgeblich beteiligt waren, dass sie Lenin und Trotzki finanziert haben um den Kommunismus nach Russland zu bringen; dass sie dafür gesorgt haben, dass die anderen großen Reiche (Deutsches Kaiserreich; K&K Monarchie Österreich & Osmanische Reich) zerstört wurden, dass über die Ententemächte Hitler zum Propagandist ausgebildet wurde und letztendlich von der zionistischen Hamburger Bank Warburg die Finanzierbarkeit Hitlers im Auftrag der Rothschilder geprüft wurde und dann massiv US Dollar in diesen investiert wurden, um diesen dazu zu bringen, die Deutschen erneut in einen großen Krieg zutreiben, letztendlich die Hitlerfaschisten bis zum bitteren Ende weiter finanzierten und daran verdienten und in dieser „guten“ alten Spielregel auch den Gegner, die Sowjetunion, entsprechend finanzierte; dass die Zionisten seit Ende des 19. Jahrhunderts die Japaner aufgerüstet haben, um sie in den großen Krieg zu verleiten, in dem sie den Nahen Osten und insbesondere China in ein großes Blutfeld verwandelten und in diesem ganzen Maßstab weiter ihrer Kriegstreiberei frönten bis zu dem wenig bekannten Höhepunkt im Juli 2014, als man die [russische Präsidentenmaschine](#) über der Ukraine vom Himmel holen wollte, „dummerweise“ aber durch die ukrainischen Jagdflieger die MH17 abgeschossen wurde. Wenn man das richtig begreift, was nur mit klarem Wissen funktionieren kann, dann wird gewiss, dass die Verursacher dieser Schweinereien aus den Kulissen hinaus ins Rampenlicht gezerrt gehören, wie es Florian Warweg [immer](#) wieder bei den Pressekonferenzen des Bundesregimes [tut](#). Auf dass die Menschen erkennen, wer die Völker der Welt knechtet, auf dass die Deutschen erkennen, welches ein Wohlwollen der USI ihnen entgegenbringt, in dem er einen Friedensvertrag der Deutschen mit den Vereinten Nationen verhindert, in dem er sich seine Besatzungskosten nach Art. 120 GG nach wie vor von den Deutschen erstatten lässt, dass er den Deutschen, weil er selbst weiß, dass das Grundgesetz für die Bundesrepublik in Deutschland rechtlich ungültig ist, mit Wohlwollen ein Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin mit einem ohne Rechtsgrundlagen belasteten BRiD Regime am 25.9.1990 geschlossen hat, um weiterhin wohlwollend den großen Massa der Deutschen zu geben, auf dass er ihnen sagen kann, was sie zu Tun und zu Lassen haben und sie ja keinerlei Anstrengung brauchen um evtl. ihre oberste Menschenpflicht zu erfüllen. Um hier nicht selbst weiter zu radebrechen, hol ich mir meinen Lieblingsphilosophen Immanuel Kant mit einem Auszug aus dem [Kant-Lexikon](#) von Rudolf Eisler (1873- 1926) zu Hilfe:

„Nur für ein vollkommenstes Wesen ist das moralische Gesetz ein Gesetz der "Heiligkeit" , für andere ist es ein Gesetz der Pflicht, der Bestimmung aus "Ehrfurcht" vor der P"; vgl. Liebe. "Es ist sehr schön, aus Liebe zu Menschen und teilnehmendem Wohlwollen ihnen Gutes zu tun oder aus Liebe zur Ordnung gerecht zu sein, aber das ist noch nicht die echte moralische Maxime unseres Verhaltens, die unserem Standpunkte unter vernünftigen Wesen als Menschen angemessen ist... Wir stehen unter einer Disziplin der Vernunft und müssen in allen unseren Maximen der Unterwürfigkeit unter derselben nicht vergessen, ihr nichts zu entziehen... Pflicht und Schuldigkeit sind die Benennungen, die wir allein unserem Verhältnisse zum moralischen Gesetze geben müssen." Wir sind zwar "gesetzgebende Glieder eines durch Freiheit möglichen, durch praktische Vernunft uns zur Achtung vorgestellten Reichs der Sitten", aber doch zugleich "Untertanen", nicht das Oberhaupt desselben,. Man kann aber seine Pflicht gern ausüben; die Liebe (s. d.) zum Gesetz wäre die Vollendung der sittlichen Gesinnung, der wir uns immer nur annähern können,. "Moralische Schwärmerei" ist es, die moralische Triebfeder in etwas anderes als in das Gesetz selbst und die sittliche Gesinnung, in etwas anderes als in die Achtung für dasselbe zu setzen. Tugend ist "moralische Gesinnung im Kampfe, und nicht Heiligkeit im vermeinten Besitze einer völligen Reinigkeit der Gesinnungen des Willens". Die sittliche Stufe, auf der die Menschen stehen, ist die der Pflicht, . — "Pflicht! du erhabener großer Name, der du nichts Beliebtes, was Einschmeichelung bei sich führt, in dir fassst, sondern Unterwerfung verlangst, doch auch nichts drohest, was natürliche Abneigung im Gemüte erregte und schreckte, um den Willen zu bewegen, sondern bloß ein Gesetz aufstellst, welches von selbst im Gemüte Eingang findet und doch sich

selbst wider Willen Verehrung (wenngleich nicht immer Befolgung) erwirbt, vor dem alle Neigungen verstummen, wenn sie gleich insgeheim ihm entgegenwirken: welches ist der deiner würdige Ursprung, und wo findet man die Wurzel deiner edlen Abkunft, welche alle Verwandtschaft mit Neigungen stolz ausschlägt, und von welcher Wurzel abzustammen die unnachlässliche Bedingung desjenigen Wertes ist, den sich Menschen allein selbst geben können?"; . "Es kann nichts minderes sein, als was den Menschen über sich selbst (als einen Teil der Sinnenwelt) erhebt, was ihn an eine Ordnung der Dinge knüpft, die nur der Verstand denken kann, und die zugleich die ganze Sinnenwelt" mit ihr das empirisch bestimmbare Dasein des Menschen in der Zeit und das Ganze aller Zwecke ... unter sich hat. Es ist nichts anderes als die Persönlichkeit, d. i. die Freiheit und Unabhängigkeit von dem Mechanismus der ganzen Natur, doch zugleich als ein Vermögen eines Wesens betrachtet, welches eigentümlichen, nämlich von seiner eigenen Vernunft gegebenen reinen praktischen Gesetzen, die Person also als zur Sinnenwelt gehörig ihrer eigenen Persönlichkeit unterworfen ist, sofern sie zugleich zur intelligiblen Welt gehört; da es denn nicht zu verwundern ist, wenn der Mensch, als zu beiden Welten gehörig, sein eigenes Wesen in Beziehung auf seine zweite und höchste Bestimmung nicht anders als mit Verehrung und die Gesetze derselben mit der höchsten Achtung betrachten muß". "Das moralische Gesetz ist heilig (unverletzlich). Der Mensch ist zwar unheilig genug, aber die Menschheit in seiner Person muß ihm heilig sein", "Die Ehrwürdigkeit der Pflicht hat nichts mit Lebensgenuß zu schaffen; sie hat ihr eigentümliches Gesetz, auch ihr eigentümliches Gericht",

Pflicht ist an sich "nichts anderes als Einschränkung des Willens auf die Bedingung einer allgemeinen, durch eine angenommene Maxime möglichen Gesetzgebung, der Gegenstand derselben oder der Zweck mag sein, welcher er wolle (mithin auch die Glückseligkeit); von welchem aber und auch von jedem Zweck, den man haben mag, hierbei ganz abstrahiert wird". "Die Maxime einer unbedingten, auf gar keine zum Grunde gelegte Zwecke Rücksicht nehmenden Beobachtung eines kategorisch gebietenden Gesetzes der freien Willkür (d. i. der Pflicht) ist von der Maxime, dem als Motiv zu einer gewissen Handlungsweise uns von der Natur selbst untergelegten Zweck (der im allgemeinen Glückseligkeit heißt) nachzugehen, wesentlich, d. i. der Art nach unterschieden. Denn die erste ist an sich selbst gut, die zweite keineswegs; sie kann im Falle der Kollision mit der Pflicht sehr böse sein", "Nämlich ich räume gern ein, daß kein Mensch sich mit Gewißheit bewußt werden könne, seine Pflicht ganz uneigennützig ausgeübt zu haben... Daß aber der Mensch seine Pflicht ganz uneigennützig ausüben solle und sein Verlangen nach Glückseligkeit völlig vom Pflichtbegriffe absondern müsse, um ihn ganz rein zu haben: dessen ist er sich mit der größten Klarheit bewußt; oder glaubte er nicht es zu sein, so kann von ihm gefordert werden, daß er es sei, soweit es in seinem Vermögen ist; weil eben in dieser Reinigkeit der wahre Wert der Moralität anzutreffen ist, und er muß es also auch können", . "Der Begriff der Pflicht in seiner ganzen Reinigkeit ist nicht allein ohne allen Vergleich einfacher, klarer, für jedermann zum praktischen Gebrauch faßlicher und natürlicher als jedes von der Glückseligkeit hergenommene, oder damit und mit der Rücksicht auf sie vermengte Motiv (welches jederzeit viel Kunst und Überlegung erfordert); sondern auch in dem Urteile selbst der gemeinsten Menschenvernunft ... bei weitem kräftiger, eindringender und Erfolg versprechender als alle von dem letzteren eigennützigem Prinzip entlehnte Bewegungsgründe", "Der Wille ... nach der Maxime der Glückseligkeit schwankt zwischen seinen Triebfedern, was er beschließen solle; denn er sieht auf den Erfolg, und der ist sehr ungewiß; es erfordert einen guten Kopf, um sich aus dem Gedränge von Gründen und Gegengründen herauszuwickeln und sich in der Zusammenrechnung nicht zu betrügen. Dagegen, wenn er sich fragt, was hier Pflicht sei: so ist er über die sich selbst zu gebende Antwort gar nicht verlegen, sondern auf der Stelle gewiß, was er zu tun habe. Ja, er fühlt sogar, wenn der Begriff von Pflicht bei ihm etwas gilt, einen Abscheu, sich auch nur auf den Überschlag von Vorteilen, die ihm aus ihrer Übertretung erwachsen könnten, einzulassen, gleich als ob er hier noch die Wahl habe", Die innere Erfahrung zeigt, "daß keine Idee das menschliche Gemüt mehr

erhebt und bis zur Begeisterung belebt, als eben die von einer die Pflicht über alles verehrenden, mit zahllosen Übeln des Lebens und selbst den verführerischsten Anlockungen desselben ringenden und dennoch (wie man mit Recht annimmt, daß der Mensch es vermöge) sie besiegenden reinen moralischen Gesinnung. Daß der Mensch sich bewußt ist, er könne dieses, weil er es soll: das eröffnet in ihm eine Tiefe göttlicher Anlagen, die ihm gleichsam einen heiligen Schauer über die Größe und Erhabenheit seiner wahren Bestimmung fühlen läßt".

Jetzt möchte ich aber trotz allem eine kurze Zusammenfassung dieser Ausführung zur Pflicht in meinen Worten versuchen, so wie ich es bis dato immer wieder getan habe.

Für den Einen ist das moralische Gesetz heilig, also unverletzlich, für den Anderen ist das moralische Gesetz Pflicht, also die Ehrfurcht vor der Moral

Die sittliche Stufe, auf der die Menschen stehen, ist die der Pflicht und nach meiner Meinung, ist die oberste Menschenpflicht die selbstbewusste Eigenverantwortung, in der man kein Untertan, kein Sklave oder reiner Befehlsempfänger ist, sondern mit eigenem Denken die Moral seines Handelns lenkt. Und das eigene Denken in moralischer Form ist das Erhabene an der menschlichen Vernunft. Der Mensch mag unheilig, also verletzlich sein, was ihn aber nicht dazu bringen darf, andere zu verletzen, was insbesondere bedeutet, seine eigene Glückseligkeit nicht auf dem Leid der anderen aufzubauen. Somit wird die Pflicht die Einschränkung des eigenen Willens auf den Willen der Allgemeinheit, wobei der allgemeine Willen den eigenen Willen nicht unterdrücken darf. Das ist nach den Worten von Alexandre Dumas nichts weiter als „Einer für Alle und Alle für Einen“; vielleicht wissenschaftliche ausgedrückt, ein gesundes Zusammenkommen von Idealismus und Individualismus, also eine Gesellschaft, in der ein Jener leben kann wie er will, solange er der Allgemeinheit nicht schadet. Und das ist ganz kurz letztendlich der Unterschied vom Sozialismus gegenüber Kapitalismus und Kommunismus.

Kant hat das wissenschaftlicher mit seinem [kategorischen Imperativ](#) ausgedrückt. Insgesamt bedeutet es nichts weiter als gut zu Denken, gut zu Reden und gut zu Handeln.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de